

Kasten: FDP-Forderungen zum Luftverkehr

1. Der Bund muss nach dem Scheitern der Mediation sofort seine Führungsverantwortung im Luftverkehr wahrnehmen und einen verbindlichen Fahrplan für das weitere Vorgehen in Form einer schweizerischen Luftfahrtspolitik festlegen.
2. Der Bund und der Kanton Zürich müssen die Rahmenbedingungen und den Handlungsspielraum für den Flughafen Zürich in einem nationalen Luftverkehrskonzept im Rahmen der schweizerischen Wachstumspolitik festlegen.
3. Die Rechtssicherheit für Grundeigentümer muss wiederhergestellt und Notrecht darf nicht zu Gewohnheitsrecht werden.
4. Den Gemeinden ist Planungssicherheit zu gewährleisten.
5. Für den Flughafen Zürich ist eine Lösung zu finden, bei der möglichst wenige Menschen vom Fluglärm beeinträchtigt sind und der Flughafen in seiner Funktion nicht eingeschränkt wird.
6. Der Staatsvertrag mit Deutschland ist neu auszuhandeln. Das Dossier muss in unverbrauchte Hände gelegt werden. Politische Verhandlungsspielräume zwischen Deutschland und der Schweiz müssen gesamtheitlicher (über die Luftverkehrspolitik hinaus) ausgelotet werden.
7. Die einseitigen deutschen Verordnungen sind weiterhin auf dem gerichtlichen Weg anzufechten.
8. Die Hauptausrichtung des Flughafens gegen Norden ist aus raumplanerischen und sicherheitstechnischen Gründen beizubehalten.
9. Der gekröpfte Nordanflug ist in Ergänzung dazu voranzutreiben und ins Betriebsreglement des Flughafens aufzunehmen, im Wissen darum, dass er nur eine teilweise Entlastung bringen kann. Der Expertenbericht «Relief» hat allfällige Handlungsspielräume aufgezeigt, die nun durch den Regierungsrat schnellstmöglich zu beurteilen sind.
10. Auf Südanflüge ist zu verzichten.